

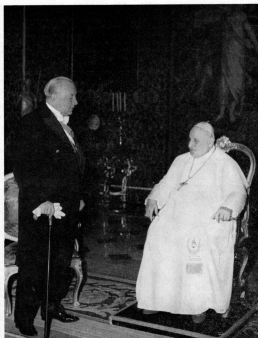
Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICH'S FREIHEIT

Nr. 5/6

Mai 1965

Preis S 3.



**Österreich braucht
einen christlichen
Bundespräsidenten**

Gerlach beim Hl. Vater

Vor 20 Jahren befreit — 10 Jahre frei

Die Ereignisse der Apriltage 1945 schürfte der Berufsstand unter den österreichischen Politikern, Felix Hurdas, am Bundesparteitag 1965. Wir bringen daher diesen seinen umfangreichen Bericht in dieser Nummer des „Freiheitskämpfers“.

Das Dritte Reich war zusammengebrochen, der Krieg beendet, der Nationalsozialismus in Blut und Tränen von Millionen Menschen als Idee gescheitert. Es galt, Österreich, befreit vom nationalsozialistischen Joch, nunmehr auch von dessen Folgen zu befreien. An Stelle der deutschen Besatzung war die vierfache der Siegermächte getreten und die Vier im Jeep beherrschten das Bild der Bundeshauptstadt. Und damals drohte das Schicksal Berlins auch das der österreichischen Hauptstadt zu werden.

Leopold Figl erkannte mit seinen Freunden diese Gefahr und neben den Alltagsorgen galt all sein Bemühen, Tun und Lassen dem Gedanken der endgültigen Freiheit.

Jedes seiner Gespräche mit den Großen dieser Welt endete mit der leidenschaftlichen Forderung nach Staatsvertrag und Freiheit. Doch nicht ein Staatsvertrag um jeden Preis, keine Freiheit ohne Würde. Und so waren diese Verhandlungen ähne und langwierig. Über 200 Sitzungen des Verhandlungsausschusses, zahlreiche Demarchen bei den Zuständigen in der Welt und viel persönliche, teils scharfe, aber auch gemüthliche, in der Art Figls, also in österreichischer Weise durchgeführte Auseinandersetzungen, machten nach 10 Jahren die Situation reif zur Erlangung der endgültigen Freiheit für Österreich. Dazu kam unbestritten eine weltpolitische Konstellation, die das Wollen Österreichs begünstigte.

Die Freiheit wurde uns am 15. Mai 1955 nicht geschenkt. Sie mußte hart erkauft werden.

Aber das österreichische Volk hatte nach dem furchtbaren Erlebnis im Dritten Reich schon derartige Beweise seiner Opferbereitschaft und seines Aufzubeiwillens geliefert, daß ihm die Freiheit auch weitere Opfer wert war.

Und so konnten Raab und Figl den Staatsvertrag abschließen und damit die Epoche der siebzehnjährigen Unfreiheit beenden. Und wenn es in dem bekannten Film vom Jahre 1930 hieß „Die Sonne scheint für alle gleich, warum nicht auch für Österreich?“, am 15. Mai 1955 schien auch die Sonne wieder für Österreich!

Und während die Besatzungsmächte nach Österreich gekommen sind, um uns nach Jahren der Diktatur wieder Demokratie zu

lehren, hat das österreichische Volk sich in seiner Regierungsform und seinen Wahlentscheidungen als ein sehr reifes und durchaus demokratisches erwiesen.

Und 20 Jahre trägt nun, gestützt vom österreichischen Volk, die Österreichische Volkspartei die volle Verantwortung in diesem Land. Der Aufstieg zum Wohlstand, der soziale Friede in diesem Land, das Heranwachsen einer gesunden Jugend, sind das Ergebnis von zwei Jahrzehnten unermüdlicher Arbeit!

Diese ist untrennbar mit den Namen Raab, Figl, Gorbach und Klaus verbunden.

Österreich ist lebensfähig, das Vaterland stark, sein Platz in der freien Welt gesichert, seine Neutralität garantiert, sein Tor nach dem Osten weit geöffnet, seine Produktionskraft in aller Welt bekannt, seine Kultur befruchtet weithin auch die großen Staaten. Der Österreicher ist gerne gesehen, wird geschätzt und geachtet und hat sein Selbstbewußtsein in einem Maße, wie es die küh-

sten unserer Vorfahren in der Ersten Republik nicht für möglich gehalten hätten.

Nun ist dieses Volk dabei, sich einen neuen Bundespräsidenten zu wählen. Die Österreichische Volkspartei präsentiert einen Weg- und Leidensgefährten der Männer des Staatsvertrages, den Freund Raab und Figl, dem das Volk schon einmal sein besonderes Vertrauen als Bundeskanzler schenkte,

Dr. Alphons Gorbach!

Gorbach ist der Mann der Mitte, der Feind aller Extremes. Gorbach ist unser Mann. Manchmal von unseren Kameraden nicht ganz verstanden, sah er doch immer das Volk als Ganzes, dem er in allen Phasen seines arbeits- und erfolgreichen Lebens dienete. Gorbach als Staatsoberhaupt bedeutet die Krönung der zwei Jahrzehnte besten österreichischer Geschichte, die wir hinter uns haben. Es bedeutet aber auch die Sicherung einer weiteren friedvollen und positiven Entwicklung in unserem Vaterland Österreich!

20-Jahr-Feier der Republik

Im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landhauses, der Wirkungsstätte unseres Leopold Figl, fand am 1. April eine würdige Erinnerungsfest statt. Am Stelle des leider damals schon schwer erkrankten Landeshauptmanns Figl, er hatte bereits kürzlich gehabt umstand am Programm, sprach Kamerad Bundesminister a. D. Ferdinand Graf. Unter den hundertsten Teilnehmern waren neben den Landesobmannern der Kameradschaft auch die Bundesminister Dr. Beck und Dr. Schmitz erschienen.

Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Bundesobmann LAbg. GR Hans Lein kauf verlas Herbert Kröpfel erschütternde Briefe Justifizierter. Musik umrahmte die würdige und eindrucksvolle Feier.



Wie es zur Österreichischen Volkspartei kam...

Von Dr. Felix Hurdas, Erster Generalsekretär der ÖVP 1945

Vorgestern waren es zwanzig Jahre, daß sich am 6. April 1945 für die politischen Häftlinge im Straßlandesgericht, Wien I, die Zellentüren öffneten. Damals wurde um Wien noch gekämpft. Am Vortag, dem 5. April, wurden aus dem Straßlandesgericht in Wien alle bereits zum Tode Verurteilten aus den Zellen weggeführt und nach einem Fußmarsch bis in das Gefangenenhaus Stein an der Donau im Hof des Gefangenenhauses von der SS erschossen. Am nächsten Tag sollte uns, denen ein Volksgerichtshofverfahren anhängig gemacht worden war, das gleiche Schicksal ereilen. Die Maschinerie des nationalsozialistischen Gewaltregimes funktionierte jedoch nicht mehr. Auf Grund der Beschießung von Wien waren verschiedene Machthaber des nationalsozialistischen Regimes aus der Stadt geflohen. Auch die Gerichtsorganisation funktionierte nicht mehr. Das kam uns zugute, zumal auch die österreichische Widerstandsbewegung sich in Wien schon deutlich bemerkbar machte.

Unter den Entlassenen des Straßlandesgerichtes befanden sich auch wir, die wir wegen der Vorarbeiten für eine österreichische Partei verhaftet worden waren: Leopold Figl, Lois Weinberger, Hans Pernitz, der allerdings wegen einer Typhuserkrankung im Spital bleiben mußte, und ich.

In unseren Schutzhaftbefehlen hieß es wörtlich, daß wir uns für eine Geheimorganisation betätigten, „die sich die Errichtung eines selbständigen Österreichs zum Ziele gesetzt hatte“. Dieser von Kaltenbrunner unterfertigte Schutzhaftbefehl bedeutete für das Volksgerichtshofverfahren ein schon vorweggenommenes Todesurteil.

Die Geheimorganisation, die sich nach dem Schutzhaftbefehl die Errichtung eines selbständigen Österreichs zum Ziele gesetzt hatte, war die Österreichische Volkspartei in ihrem Gründungsstadium. Uns war nämlich klar, daß man schon während des nationalsozialistischen Regimes alle Vorkehrungen treffen müsse, um sofort beim Zusammenbrechen dieses Regimes mit einer Partei hervortreten zu können, die auf die Gestaltung des neu zu errichtenden Österreichs entscheidenden Einfluß nehmen kann. Unter den vielen Gruppen, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus tätig waren, war unsere Gruppe die einzige, die ganz bewußt alle Vorarbeiten leistete, um im entscheidenden Moment durch eine politische Partei in demokratischer Form auf

das weitere Schicksal maßgeblich Einfluß zu erlangen.

Die Motive, die uns zur Gründung der Österreichischen Volkspartei bewegen haben, waren: zunächst der Widerspruch gegen ein Gewaltregime, das die Eigenständigkeit Österreichs und das politische Selbstbestimmungsrecht der österreichischen Bevölkerung auslöscht hat. Die Österreichische Volkspartei ist so vor allem aus dem Glauben an Österreich und sein Recht entstanden. Wir wehrten uns durch die Gründung der Österreichischen Volkspartei aber insbesondere auch gegen das totalitäre System, das die Menschenwürde unterdrückt und die Freiheit des Menschen und der menschlichen Gesellschaft zerstört. Uns ging es darum, daß die Menschen wieder in die Lage versetzt werden, in demokratischer Form an der Gestaltung ihres Lebens und ihrer Gemeinschaften mitzuwirken.

Der Aspekt für unsere Arbeit ging von den sogenannten „kleinen Leuten“ aus. Es waren besonders Angehörige der christlichen Gewerkschaften, die mit Lois Weinberger in Kontakt waren. Sie wollten immer wieder von uns wissen, was wir machen werden, wenn nach dem Ende des untragbaren Gewaltregimes Österreich wieder vernünftig gestaltet werden soll.

In Besprechungen in kleinsten Kreisen versuchten wir, einzelne Probleme für einen wirksamen Einsatz der neuen Partei zu klären. Einige dieser Probleme waren:

1. Wir mußten daran denken, der neuen Partei einen Namen zu geben, der geeignet ist, weitgehendsten Anklang zu finden und gleichzeitig auch Wesentliches über die neue Partei aussagt. Es gab eine Menge von Vorschlägen. Uns gefiel am besten der Name „Österreichische Volkspartei“. Wir wollten zum Ausdruck bringen, daß nach dem Versuch des Nationalsozialismus, Österreich auszulöschen, die Politik der neuen Partei eine bewußt österreichische sein soll. Weiters wollten wir durch den Namen Volkspartei zum Ausdruck bringen, daß wir bemüht sind, das ganze Volk anzusprechen und in der neuen Partei zusammenzuführen, entgegen allen Parolen von Klassenkampf, entgegen aber auch allen Klassenkampfplänen. Wir stellten bald fest, daß von den verschiedenen Vorschlägen der Name Österreichische Volkspartei am meisten Anklang findet.

2. Es war uns klar, daß wir an die Spitze der neuen Partei einen Mann stel-

len müssen, dessen Name allgemein bekannt ist und der selbst ein Programm darstellt. Unsere Entscheidung fiel auf den führenden Mann der christlichen Gewerkschaften, Leopold Kunschak. Dieser war durch sein Wirken in der Ersten Republik als ein aufrechter christlicher Politiker bekannt. Es war auch allgemein bekannt, daß dieser christliche Arbeiterführer zu jeder Zeit ein aufrechter Demokrat war. Lois Weinberger übernahm es, Leopold Kunschak begrifflich zu machen, daß er — wie wir es immer bezeichneten — sich als „Fähne der Partei zur Verfügung stellen müsse. Nach einem Zögern sagte Leopold Kunschak:

3. Uns war auch klar, daß die neue Partei in einer möglichst Geschlossenheit organisiert werden müsse; vor allem gegenüber den Parteien aus dem marxistischen Lager nicht in das Hintertreffen zu kommen. Wir bedachten aber auch, daß es bei der Vielfalt der verschiedenen Berufsgruppen nicht richtig sei, Mitglieder der neuen Partei einfach mechanisch aneinanderzureihen und zusammenzufassen. Wir entschlossen uns daher, bei nachdrücklichstem Festhalten an der Einheit der Partei, die Mitglieder innerhalb der Partei doch auch in den vorhandenen Berufsgruppen zusammenzufassen. So wurden in der Partei zunächst erfaßt: die Arbeiter- und Angestelltenschaft, die, wie bereits erwähnt, besonders drängend bei den Vorarbeiten zur Gründung der Partei mitmachte; weiters die Bauernschaft, die in Österreich stets eine staatserhaltende Kraft darstellte, und schließlich auch die Gewerbetreibenden aus den verschiedenen Sparten wie vor allem Gewerbe, Handel und Industrie.

Als Exponent der Arbeiter- und Angestelltenschaft fungierte der schon damals von Leopold Kunschak als sein Nachfolger in den christlichen Gewerkschaften genannte Lois Weinberger, der sich besonders aktiv um das Zustandekommen der neuen Partei bemühte. Für die Bauernschaft war der Exponent Leopold Figl, der schon vor 1938 in der österreichischen Bauernschaft führend tätig war. Für die Kreise der Wirtschaft war der Exponent der in diesem Kreise ebenfalls schon vor 1938 allgemein anerkannte Julius Raab.

4. Von großer Bedeutung war, daß von allem Anfang an die neue Partei nicht als eine bloße Nachfolgepartei der ehemaligen christlich-sozialen Partei betrachtet. Wir bemühten uns, in der

neuen Partei auch die demokratisch eingestellten Kräfte aus dem liberalen Lager zu erfassen. In diesem Zusammenhang waren besonders wertvoll unsere damaligen Ausprachen mit dem im seinerzeitigen Landbund maßgebenden Vizekanzler a. D. Vinzenz Schumy. Mit diesem wurde ein gemeinsames Vorgehen festgelegt. Dadurch wurde nicht nur im Rahmen des Österreichischen Bauernbundes die Bauerneinigkeit verwirklicht, sondern insbesondere auch der Plan Dr. Karl Renners hinlänglich gemacht, bei Zusammensetzung der provisorischen Staatsregierung auch den Landbund als eigene Partei einzubeziehen. Vinzenz Schumy hat im Sinne unserer Absprachen erklärt, daß der ehemalige Landbund nunmehr im neu erstandenen Österreich sich innerhalb der Österreichischen Volkspartei politisch betätige. Vinzenz Schumy hat sich auch in der Folge große Verdienste um die Verwirklichung einer weitgespannten Volkspartei im Sinne unserer Pläne erworben.

3. Bei der Durchführung unserer Vorarbeiten zur Gründung der Österreichischen Volkspartei war ungewiß, ob man beim Zusammenbruch des Dritten Reiches in Österreich vielleicht auf die letzte österreichische Regierung vor 1938 in irgendeiner Form zurückgreifen werde. Wir legten daher für jeden Fall großen Wert darauf, daß in unserem Kreise auch der Unterrichtsminister der letzten österreichischen Regierung, Dr. Hans Pernster, mitarbeitete. Dr. Hans Pernster hatte vor allem ausgezeichnete Verbindungen zu den Beamten. Er leistete auch dadurch besonders wertvolle Vorarbeiten für den im neuen Österreich notwendig werdenden Wiederaufbau eines Beamtenapparates. Dr. Hans Pernster war für uns im übrigen auch der Verbindungsmann zu den Angehörigen des Cartellverbandes der Katholischen Studentenverbindungen, auf deren Mitarbeit wir bei unseren Arbeiten rechnen konnten.

6. Dr. Hans Pernster übernahm es übrigens auch, das Wollen der neuen Österreichischen Volkspartei in den sogenannten „Programmatischen Leitsätzen“ festzulegen. Es war dies eine überaus schwierige Arbeit. Man konnte zur Zeit des Nationalsozialismus wegen der Gestapo nichts schriftlich festlegen; es war vielmehr notwendig, die jeweils in kleineren Kreisen gefundenen Formulierungen im Gedächtnis zu behalten. Nur durch diese Vorarbeiten war es möglich, schon im Juni 1945 die „Programmatischen Leitsätze“ der Österreichischen Volkspartei zu veröffentlichen und dadurch auch auf diese Weise über die wichtigsten Leitsätze des Programms der neuen Partei Auskunft zu geben. Bei diesen Abschlußarbeiten an den „Programmatischen Leitsätzen“ haben besonders auch Dr. Hans Schmitz, der Vater unseres Finanzmini-

sters, und Dr. Alfred Missong verdienstvoll mitgearbeitet. Es spricht für die Qualität dieser Arbeit, durch welche die wichtigsten Grundsätze der neuen Partei auf dem Gebiet der Staatspolitik, der Kulturpolitik sowie der Wirtschafts- und Sozialpolitik festgehalten wurden, daß sie heute noch als Grundlage unserer Programmatik gelten. Es ist eine der Aufgaben dieses außerordentlichen Parteitages, eine den Erfordernissen unserer Zeit angepaßte Weiterentwicklung der seinerzeitigen Programmatischen Leitsätze in einer Kurzfassung des Parteiprogramms festzulegen.

7. Es war begreiflich, daß wir uns bemühten, auch mit den anderen politischen Gruppen, die bei dem Wiederentstehen Österreichs in Erscheinung treten werden, in Verbindung zu kommen. Es galt uns vor allem zu klären, ob nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes mit den Sozialisten ein gemeinsames Vorgehen in den wichtigsten Fragen möglich sein werde. Die Klärung dieser Frage wurde mir übertragen. Wir versuchten, auf verschiedenen Wegen mit den Sozialisten in Kontakt zu kommen. Im Zuge dieser Bemühungen wurde uns klar, daß bei den Sozialisten die Fäden offensichtlich bei dem seinerzeitigen Sekretär des Abgeordnetenklaubs, Dr. Adolf Schärf, zusammenlaufen. Nach einer schwierigen Vorbereitung, die auch nicht ungefährlich war — wir mußten ja auf die Überwachung unserer Bestrebungen durch die Gestapo Rücksicht nehmen — kam es in der Wohnung bzw. in der Kanzlei des damaligen Rechtsanwaltes Dr. Adolf Schärf zu einer ersten Besprechung zwischen ihm und mir. Diese erste Aussprache verlief für uns sehr enttäuschend. Dr. Adolf Schärf war über die Behandlung in der autoritären Zeit sehr ungehalten und voll von Komplexen; obwohl diese erste Besprechung ziemlich ergebnislos verlief, bemühte ich mich in der Folge um weitere Besprechungen. Dr. Adolf Schärf ließ schließlich gelten, daß ein Zusammenwirken der beiden großen politischen Gruppen beim Wiederaufbau des neu zu entstehenden Österreichs notwendig sei. Wir haben auch verschiedene Einzelfragen zu klären versucht.

Dr. Adolf Schärf hat sich nach 1945 zu dem bekannt, was wir in den Jahren 1943 und 1944 besprochen haben. Schon im April 1945 waren Lois Weinberger und ich genötigt, bei Dr. Adolf Schärf darüber Beschwerde zu führen, daß bei der Bildung des Wiener Stadtenates zwischen den Sozialisten und Kommunisten ein Zusammenwirken feststellbar war, das eine entsprechende Berücksichtigung der Österreichischen Volkspartei unmöglich machte. Ich stelle gerne fest, daß Dr. Adolf Schärf bei dieser Interven-

tion unsere Beanständigung gelten ließen und sich bemühte, an einer uns befriedigenden Lösung mitzuwirken.

8. Zu den vorbereitenden Arbeiten für die Gründung der Österreichischen Volkspartei gehören auch die Besprechungen mit Lois Weinberger und ich mit den maßgeblichen Leuten der deutschen Widerstandsbewegung führten. Diese Besprechungen gingen auf eine Vermittlung von Lois Weinberger zurück, an den sich der ehemals führende christliche Gewerkschafter Deutschlands, Jakob Kaiser, gewandt hatte. Sowohl Jakob Kaiser als auch der sozialistische deutsche Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner und der ehemalige Leipziger Bürgermeister Doktor Karl Goerdeler (ein Freieitlicher) versuchten, uns dazu zu bringen, eine Erklärung abzugeben, daß wir nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes das Weiterbestehen Österreichs bei Deutschland ermöglichen. Wir haben den Genannten die Erklärung abgegeben, daß wir für ihr Wirken, das sich die Ausschaltung des Nationalsozialismus zum Ziele gesetzt hat, größtes Verständnis haben. Mit aller Eindeutigkeit und mit allem Nachdruck erklärten wir aber immer wieder, daß Österreich beim Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes selbstverständlich wieder in seiner alten Selbständigkeit und unabhängig entstehen müsse. Für uns war ja der Kampf gegen den Nationalsozialismus vor allem auch ein Kampf um das Wiederentstehen Österreichs.

Durch die dargestellten verschiedenen Vorarbeiten war es möglich, daß im April 1945 beim Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes die Österreichische Volkspartei über Nacht ihre Tätigkeit aufnehmen konnte. Dadurch konnten sie auch alle Chancen für die Mitarbeit bei der Neugestaltung Österreichs wahrnehmen. Als formelles Gründungsdatum der Österreichischen Volkspartei wird der 17. April 1945 angegeben. An diesem Tag fand eine Besprechung von Vertretern verschiedener politisch interessierter Gruppen statt. In dieser Besprechung wurden unsere Vorarbeiten zur Gründung einer klassenlosen Volkspartei christlich-demokratischer Einstellung zur Kenntnis genommen. Über Antrag von Lois Weinberger wurde im Sinne unserer Vorarbeiten festgelegt: Der Name der neuen Partei lautet: Österreichische Volkspartei. Die Leitung der neuen Partei wird, wie folgt, zusammengesetzt: Leopold Kunschak als deren Präsident, als geschäftsführender Obmann Dr. Hans Pernster, zum Generalsekretär wurde bestellt. Ebenso wurde einhellig gebilligt, daß in der Leitung der neuen Partei die Vertreter der von uns festgelegten Berufsgruppen tätig sein sollen, die den Aufbau der Österreichischen Volkspartei

mitbeteiligt waren: für die Arbeiter und Angestellten Leo Weinberger, für die Bauernschaft Leopold Figl und für die selbständig Erwerbstätigen Julius Raab.

Der Eifer, mit dem in den Apriltagen 1945 und in den folgenden Wochen und Monaten die Parteiarbeit aufgenommen wurde, ist nur daraus zu erklären, daß trotz der Zerstörungen und Vernichtungen alles voller Optimismus war: in der Österreichischen Volkspartei sah man den Garant nicht nur für die Beseitigung der allenthalben vorhandenen Schwierigkeiten, sondern auch für den Weg in das neu zu errichtende Österreich.

Leo Weinberger und ich begaben uns sofort zu dem Abt des Schottenstiftes, Prälat Dr. Hermann Peichel, und ersuchten ihn, die im Schottenstift leerstehenden Räume der Wehrmacht für unser Generalsekretariat provisorisch zur Verfügung zu stellen. Prälat Dr. Hermann Peichel zeigte sofort das größte Verständnis für unser Anliegen. Wir konnten daher in einer günstigen Lage Wiens unsere Arbeit sofort aufnehmen. Das Generalsekretariat wurde bald ein Mittelpunkt des politischen Lebens. Eine Unmenge vor allem auch junger Leute meldete sich zur freiwilligen Mitarbeit. Wer etwas in diesen Tagen durchsetzen wollte und erwartete, daß ihm von der politischen Seite her geholfen werden könnte, kam in das Generalsekretariat. Dort fanden auch alle Besprechungen statt, die zur Vorbereitung der Proklamation vom 27. April 1945 führten, in der die damals bestehenden Parteien die Unabhängigkeit Österreichs erklärten. Diese Erklärung, die Geburtsurkunde des neuen Österreichs, hat für die Österreichische Volkspartei Leopold Kunschak unterfertigt.

Im Generalsekretariat erfolgten auch die Besprechungen über die Besetzung der Positionen im Wiener Rathaus und insbesondere auch in der provisorischen Staatsregierung. Obwohl Leopold Kunschak für die der Österreichischen Volkspartei zuzurechnende Position als Staatssekretär im politischen Kabinett (in den Rang eines Vizekanzlers) vorgesehen war, ersuchte Kunschak, sich lieber, als bodenständiger, als Wiener, auf die Position des Vizebürgermeisters von Wien zurückziehen zu dürfen. Leopold Kunschak schlug als Vertreter der Österreichischen Volkspartei im politischen Kabinett der provisorischen Staatsregierung den Vertreter der Bauernschaft Leopold Figl vor. Dieser wurde von uns einhellig in Vorschlag gebracht und bestellt.

Immer wieder meldeten sich im Generalsekretariat Leute, die bereit waren, in den Wiener Bezirken Funktionen für die neugegründete Volkspartei zu übernehmen. Es waren darunter solche, die schon früher politisch tätig waren, vor allem auch viele junge Leute. So konnte in

Wien bald eine Parteiorganisation errichtet werden. Die Leitung hat dann Hauptmann a. D. Emil Oswald übernommen. Er hat sich dabei viele Verdienste erworben.

Vom Generalsekretariat aus wurde auch über den damaligen Fachlehrer Josef Hans der Versuch unternommen, in die wichtigsten Teile Niederösterreichs die Kunde vom Bestand der Österreichischen Volkspartei zu bringen und mit Vertrauensleuten Verbindung herzustellen. Fachlehrer Josef Hans gelang es, trotz der damals allgemein bekannten Schwierigkeiten, sich sein Fahrrad zu verschaffen und in Niederösterreich in verschiedene wichtige Gemeinden zu kommen und Verbindungen mit Wien anzuknüpfen.

Immer wieder verweise ich gerne darauf, daß es vor allem junge Mitarbeiter waren, die uns seinerzeit auch ermöglichten, die vollkommen unterbrochene Verbindung mit dem Westen Österreichs herzustellen. An der Enns war damals eine unübersehbare Grenze. Im Generalsekretariat standen wir vor dem Problem, mit der Tätigkeit der Österreichischen Volkspartei auch die westlichen Bundesländer vertraut zu machen. Dies war vor allem auch erforderlich, um ein einheitliches Vorgehen der Österreichischen Volkspartei im ganzen Bundesgebiet zu ermöglichen. Der damalige Medizinstudent Herbert Braunsteiner vollbrachte das fast unmöglich erscheinende: er durchschwamm unter Lebensgefahr die Enns und kam so über die Demarkationslinie in die westlichen Bundesländer bis nach Südtirol. Er brachte überall hin die Kunde von der neu entstandenen Österreichischen Volkspartei. Der ehemalige Medizinstudent ist heute Universitätsprofessor in Innsbruck. Es freut mich, ihn unter uns begrüßen zu können.

Ähnlich hat der damalige Philosophiestudent Johannes Hurch in unserem Auftrag in der Folgezeit mehrmals die Demarkationslinie überschritten, um die weitere Verbindung mit unseren Vertrauensleuten in den Bundesländern aufrecht zu erhalten. Insbesondere galt es, die für ein gesamtösterreichisches Vorgehen wichtigen Länderkonferenzen vorzubereiten. Auch Dr. Johannes Hurch, heute ein Schulmann in Oberösterreich, ist unter uns.

Ein gleich reges Leben wie im neu entstandenen Generalsekretariat der Partei gab es auch in den Hauptquartieren der Bünde der Österreichischen Volkspartei. Der Bauernbund residierte in der Schenkstraße. Er hat von dort überall hin die Verbindungen mit den Vertrauensleuten aus dem bäuerlichen Lebensbereich aufgenommen. Neben Figl war im Bauernbund von Anfang an auch der seinerzeitige Bauernbunddirektor Ferdinand Graf wirksam tätig, der schon in der Zeit

des Nationalsozialismus mit uns in ständiger Verbindung war. Der Sitz des Arbeiter- und Angestelltenbundes war in der Laubengasse, von wo aus die ehemaligen christlichen Gewerkschafter eifrig ihre Tätigkeit aufnahmen. Viele mußte man nennen, die unter Führung von Leo Weinberger mit Begeisterung an der Erfassung der Arbeiter und Angestellten und vor allem auch der Beamten in Stadt und Staat mitarbeiteten. Auch der Wirtschaftsband hat unter dem Vorsitz von Julius Raab sehr bald die Vertrauensleute aus dem wirtschaftlichen Bereich zusammenberufen und die organisatorischen Grundlagen für eine wirksame Arbeit geschaffen. So hat sich unterstützt von den Bünden sehr bald ein reges organisatorisches Leben entwickelt.

In der Bauernbundzentrale war man unter Führung von Leopold Figl auch sehr darum bemüht, die überaus schlechten Ernährungsverhältnisse in Wien wenigstens zum Teil zu erleichtern. Wenn man damals auch in Wien hungerte, ging trotzdem alles an die Arbeit, um aus der Zeit der Zerstörungen und Trümmer wieder herauszukommen. Es wurde mit Recht schon oft davon geredet, wie die Arbeiter und Angestellten sich in schwieriger Arbeit bemühten, die Betriebe wieder arbeitsfähig zu machen. Man darf aber ebenfalls nicht vergessen, was dieser Zeit der Not z. B. auch die Beamtenschaft geleistet hat. Durch harte Arbeit und viele Bemühungen ist es gelungen, wieder eine österreichische Verwaltung aufzurichten. Dadurch wurde allmählich wieder ein geordnetes Staatsleben ermöglicht. Aber auch die verschiedenen kleinen und größeren Unternehmer haben in einer fast ausschließlichen entscheidenden Zeit den Mut aufgebracht, ihre Betriebe wieder in Gang zu bringen.

Der Bestand der Österreichischen Volkspartei hat Wesentliches dazu beigetragen, daß trotz der damals überaus schwierigen Situation alles bemüht war, an dem Wiederaufbau mitzuwirken. Trotz fehlender Verkehrsmittel und trotz der nur illegal überschreitbaren Demarkationslinie stand in Kürze eine gesamtösterreichische und alle Berufsgruppen erfassende Parteiorganisation da. Die Partei war 1945 nicht etwa eine bloße Dachorganisation der Bünde. Die Partei war vielmehr die von allen bejahte Einheit unseres gemeinsamen Willens, die alle Gliederungen der Partei einschließlich der Bünde organisch miteinander verband. Mit einer heute kaum noch vorstellbaren Dynamik stieß die Österreichische Volkspartei in das Vakuum des zusammengebrochenen Regimes hinein und verbanderte, daß dieses Vakuum von marxistischen Bewegungen ausgefüllt wurde.

Ein historisches Verdienst der Österreichischen Volkspartei im Jahre 1945 bleibt auch die rasche Beendigung des Provisoriums einer nicht auf dem freien Willen der Wähler gegründeten Regierung durch die Abhaltung freier demokratischer Wahlen. In der provisorischen Regierung besaßen die Kommunisten einen Brückenkopf, der aus einem guten Drittel der Staatsgewalt bestand. Von diesem Brückenkopf aus wäre dem Kommunismus die Errichtung einer österreichischen Volksdemokratie möglich gewesen. Mit der Forderung nach der ehebaldesten Abhaltung freier Wahlen erreichte die Österreichische Volkspartei, daß vor der ganzen Welt demonstrativ dargelegt wurde, die überwältigende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung lehnt den Kommunismus ab! So blieb uns auch das Schicksal der benachbarten Volksdemokratien erspart.

Die Österreichische Volkspartei hat im

November 1945 mit 35 Mandaten von 165 Sitzen im Parlament die absolute Mehrheit erhalten. Die Österreichische Volkspartei hat von niemandem Macht geerbt und auch keine Macht ergriffen. Ihre Stärke entsprach dem Vertrauen, das ihr die Wähler entgegengebracht haben. Die Österreichische Volkspartei hat diese Stärke nicht gegen andere Parteien ausgespielt, sondern in den Dienst Österreichs gestellt. Nicht Alleinherrschaft, sondern Zusammenarbeit hieß das Ergebnis einer starken Volkspartei.

Seit zwanzig Jahren stellt die Österreichische Volkspartei als die stärkste Partei des österreichischen Nationalrates den Bundeskanzler. Was die Stärke der Österreichischen Volkspartei bedeutet, weiß unser Volk. Die Stärke der Österreichischen Volkspartei bedeutet: Wiederaufbau, Stabilisierung, Wirtschaftswachstum, Freiheit und Rechtssicherheit, wachsender Wohlstand und ein Gemeinwesen,

in dem sich die Persönlichkeit frei entfalten kann.

Von der Österreichischen Volkspartei kann man auf die ersten zwei Jahrzehnte der Zweiten Republik zurückblickend sagen:

Sie ist die Partei, die man erfinden hätte müssen, wenn sie nicht schon Entstanden der Zweiten Republik als gelöstes Konzept und gewollte Organisation dagewesen wäre. Wenn man sich von der österreichischen Geschichte der letzten zwanzig Jahre die Österreichische Volkspartei wegdenkt, dann fehlt nicht nur die Hälfte dessen, was wir heute an unserem kostbaren Besitz betrachten, sondern weit mehr. Mögen alle, die das Etikett dieser Partei aus den Händen der Gräber übernehmen, sich dieser Tatsache bewußt sein. Österreich und seine Freiheit ist mit der führenden Rolle der Österreichischen Volkspartei untrennbar verbunden.

Wir sagen ja zum Klagenfurter Manifest

Die Österreichische Volkspartei ist die politische Vereinigung aller Österreicher und Österreicherinnen, die sich zur Ordnung der Gesellschaft auf der Grundlage der solidarischen Verbundenheit aller Bevölkerungsschichten bekennen. Ihr Ziel ist es, dem Menschen, der für sie Träger unveräußerlicher Rechte ist, die Möglichkeit der freien Entfaltung seiner Kräfte in Unterordnung unter das Gemeinwohl zu geben. Ohne sich an eine Konfession zu binden, läßt sich die ÖVP vom christlichen, familienhaften Menschen- und Gesellschaftsbild mit seinen zeitlos gültigen Werten der Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit leiten. Als vaterlandsbewußte Partei fühlt sie sich jenen Kulturgütern und Lebensformen verpflichtet, die Österreich im Laufe seiner Geschichte hervorgebracht hat.

Österreich — Vaterland in Europa

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zu Österreich.

Für die Österreichische Volkspartei ist der Begriff Österreich mit einer jahrhundertelangen Geschichte untrennbar verbunden. Zugleich mit dem wiedererstandenen Österreich im Jahre 1945 gegründet, war die Österreichische Volkspartei 1935 an der Wiederherstellung der vollen Freiheit des österreichischen Staates maßgeblich beteiligt. Sie ist entschlossen, die Unabhängigkeit, Unteilbarkeit und Unverletzlichkeit der Republik Österreich mit allen Mitteln zu gewährleisten. Die

Österreichische Volkspartei tritt daher für eine wirksame Landesverteidigung ein. Sie erblickt in der militärischen Neutralität Österreichs die sicherste Garantie für die Bewahrung der Eigenständigkeit. Die Neutralität kommt erneut der Brückenfunktion zugute, die Österreich in der Vergangenheit stets ausgeübt hat und auch in Zukunft zu erfüllen bereit ist. Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur Verpflichtung Österreichs, zum Frieden und zur Wohlfahrt in der ganzen Welt nach Kräften beizutragen und in den verschiedenen internationalen Organisationen mitzuarbeiten. Die Zukunft Österreichs als lebensfähiger und neutraler Staat muß auch im Rahmen der wirtschaftlichen Einheit Europas sichergestellt werden. Für die Österreichische Volkspartei ist die Wahrung der Gesamtinteressen des österreichischen Volkes oberstes nationales Gebot.

Demokratie — die Regierungsform der Freiheit

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur Demokratie.

Sie versteht unter Demokratie das Mehrparteiensystem als Ausdruck und wesentliche Voraussetzung der geistigen und politischen Freiheit des Staatsbürgers. Die Österreichische Volkspartei steht daher ohne jeden Vorbehalt auf dem Boden der geltenden Bundesverfassung. Damit bekennt sie sich zur Notwendigkeit, der gesellschaftlichen Ent-

wicklung durch die Weiterbildung unserer verfassungsmäßigen Grundlagen immer von neuem gerecht zu werden. Demokratie ist für sie die einzige Methodik aller Staatsbürger und alle gesellschaftlichen Gruppen an der Rechtsbildung zu beteiligen. Sie ist daher in sich selbst ein politischer Wert. Sie umfaßt auch den Schutz der Minderheiten. Die Erziehung zu Demokratie und Toleranz ist der Österreichischen Volkspartei ein ernstes Anliegen. So wie die Gewaltentrennung jede Freiheit des Menschen gefährdende Machtballung verhindert, garantiert die rechtsstaatliche Ordnung, daß der Mensch jederzeit und gegen jedermann sein Recht zu finden vermag. Sie ermöglicht die Demokratie durch den in ihr vorgesehenen Machtwechsel eine Weiterbildung der Gesellschaft ohne revolutionäre Erschütterungen.

Aufgabenteilung — eine Forderung der Vernunft

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zum Föderalismus.

Der Bund hat nur Aufgaben zu erfüllen, die im Bereich der Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden, aber auch der gesellschaftlichen Interessenverbände und anderen kleinen Gemeinschaften nicht gelöst werden können. Er hat sich umgekehrt mit Tatkraft jener Aufgaben anzunehmen, die die Fähigkeiten dieser Gemeinschaften übersteigen (Subsidiaritätsprinzip). Die Österreichische Volkspartei

partei erblickt im bundesstaatlichen Aufbau der Republik, wie er in der Verfassung vorgesehen ist, eine wertvolle Befruchtung des politischen Lebens, eine bewährte Schule für das politische Handeln, eine Voraussetzung der Stärkung des Heimatbewußtseins und die Möglichkeit einer besseren Rücksichtnahme auf die verschiedensten Verhältnisse in den einzelnen Bundesländern und Gemeinden. Dieser Aufbau des Staates fördert auch eine rationelle und sparsame Verwaltung.

Persönliches Eigentum — ein Vorzug unserer Gesellschaftsordnung

Die Österreichische Volkspartei bekennet sich zum Grundsatz des persönlichen Eigentums.

Wer die freie Persönlichkeit will, muß auch persönliches Eigentum wollen, das mit Rechten und Pflichten verbunden ist. Im Vorhandensein persönlichen Eigentums auch an Produktionsmitteln erblickt die Österreichische Volkspartei einen Vorzug unserer Gesellschaftsordnung. Nur dann, wenn der Einzelmensch als Eigentümer der Produktionsmittel Träger der Wirtschaft ist, wird mit dem geringsten Einsatz an Mitteln der größte wirtschaftliche Erfolg erzielt. Die Österreichische Volkspartei hält daher die auf dem Wettbewerb der wirtschaftlichen Kräfte fußende Marktwirtschaft für die unerläßliche Voraussetzung eines hohen Produktionsniveaus, das die entscheidende Grundlage eines hohen Lebensstandards der Bevölkerung ist. Allein auf der Basis des Eigentums kommt die Eigenständigkeit der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Industrie zur Geltung. Ihr grundsätzliches Eintreten für das Privateigentum an Produktionsmitteln hindert jedoch die Volkspartei nicht, dort auch das öffentliche Eigentum an Produktionsmitteln anzuerkennen, wo dies auf Grund besonderer Umstände erforderlich ist. Ebenso bekennet sie sich zur Notwendigkeit ordnender Maßnahmen der öffentlichen Hand, namentlich auch des Staates, der für einen reibungslosen Wirtschaftslauf die oberste Verantwortung trägt.

Partei für das ganze Volk

Die Österreichische Volkspartei bekennet sich zum Gedanken der sozialen Leistungsgemeinschaft.

Volkspartei heißt: Partei aus dem Volk und für das Volk. Durch ihren bündischen Aufbau ist die Österreichische Volkspartei ein getreues Abbild der Gesamtgemeinschaft. Sie umfaßt Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Konsumenten und Produzenten. Dadurch ist sie dazu verhalten, bereits in den eigenen Reihen

für den Ausgleich der Gruppeninteressen im Sinne des Wohles aller zu wirken. Sie tritt daher auch im Staat für das friedliche Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen ein. Denn nur das harmonische Zusammenspiel aller kann die vollen Kräfte der Gesellschaft freisetzen und eine ständige Steigerung des Wohlstandes herbeiführen. Die Österreichische Volkspartei bekennet sich in diesem Sinne zum Solidarismus und zur evolutionären Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, lehnt jedoch revolutionäre Veränderungen ab, die nur in Willkür und Chaos münden.

Gerechte Verteilung der Güter

Die Österreichische Volkspartei bekennet sich zur christlichen Soziallehre.

Die Gesellschaft bildet für die Österreichische Volkspartei ein Gefüge von Leistungsgruppen, das nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit geordnet werden kann. Darin ist auch das Recht dieser Gruppen eingeschlossen, sich zu organisieren und ihnen zum Nutzen gerechende Einrichtungen zu schaffen, um im Wege der Selbst- und Mitbestimmung das eigene Schicksal zu gestalten. Hingegen ist es die Aufgabe des Staates, die Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Leistungsgruppen im Sinne des Gemeinwohls zu regeln. Allein im Rahmen einer solchen Ordnung können auch die Arbeitnehmer ihr Mitbestimmungsrecht ausüben. Auf Grund ihrer Funktion in der sozialen Leistungsgemeinschaft und kraft eines gesicherten Einflusses auf die Verteilung des Sozialprodukts sollen die Arbeiter und Angestellten am fortschreitenden Wirtschaftswachstum teilhaben. Dabei sind nicht nur die überkommenen Methoden der Lohn- und Gehaltsbildung sowie der sozialen Sicherheit weiterhin anzuwenden, sondern auch Formen der Eigentumsbildung zu entwickeln, die eine breite Streuung des Volkvermögens sichern. Nur so kann der Kerngedanke christlicher Gesellschaftspolitik, die Unabhängigkeit möglichst vieler, verwirklicht werden. Allein die Idee der sozialen Partnerschaft kann ein klassenkämpferisches Spannungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit endgültig beseitigen.

Wohlstand für alle

Die Österreichische Volkspartei bekennet sich zur sozialen Verantwortung.

Sie bezieht namentlich jene Gruppen der Gesellschaft in ihre Obsorge ein, die am Produktionsprozeß noch nicht oder nicht mehr teilhaben können. Getreu ihrer solidarischen Verbundenheit mit allen Schichten der Bevölkerung tritt die Österreichische Volkspartei dafür ein, daß auch jene Schichten, denen keine

Druckmittel gegenüber dem Staat zur Verfügung stehen, am jeweiligen Wirtschaftserfolg mitbeteiligt werden. Sie achtet zu fernst als eine ihrer wichtigsten Pflichten, für die Erhaltung des Geldwertes und damit für die Wertbeständigkeit der Ersparnisse einer wachsenden Zahl von Mitbürgern einzutreten, deren durch Arbeit und Verdienst erworbene Vermögenswerte nicht durch inflationistische Entwicklungen geschmälert werden dürfen. Angesichts der heute im zunehmenden Maße vor sich gehenden Vermögensbildung auch in den Händen breiter Schichten ist für die Österreichische Volkspartei die Erhaltung der Kaufkraft der Währung eine soziale Verpflichtung ersten Ranges.

Gesunde Familien — gesundes Volk

Die Österreichische Volkspartei bekennet sich zur Familie.

Die Familie ist für sie als Keimzelle der Gesellschaft und als ursprüngliche Erziehungstätte der nächsten Generation unantastbar und unersetzlich. Die Familie formt den Staat von morgen. Nur wenn die Familien seelisch und materiell intakt sind, wird es auch die Gemeinschaft des ganzen Volkes sein. Deshalb ist die Österreichische Volkspartei für den rechtlichen Schutz von Ehe und Familie, der auch in der Verfassung verankert werden soll. Die Österreichische Volkspartei kämpft für den familiengerechten Wohnbau und tritt für die Unterstützung junger Ehepaare bei der Hausstandsgründung ein. Sie befürwortet einen weiteren Ausbau des Familienlastenausgleichs, durch den vielen Kindern die Mutter zurückgegeben wird. Die Familienpolitik der Österreichischen Volkspartei schließt die Sorge für die berufstätigen Frauen und Mütter ein, die am Gedeihen der Volkswirtschaft wesentlich beteiligt sind.

Gleiche Bildungsmöglichkeiten im Kulturstaat Österreich

Die Österreichische Volkspartei bekennet sich zur Idee der Bildungsgemeinschaft.

Mehr und höhere Bildung ist in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts die unerläßliche Voraussetzung für die Bewältigung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben. Der Zugang zur Bildung muß allen Menschen offenstehen, damit sich unsere Gesellschaft zu einer echten Bildungsgemeinschaft mit gleichen Startbedingungen und individuellen Erfolgchancen entwickeln kann. In einer sich immer rascher wandelnden Welt bedarf der Mensch einer ständigen Weiterbildung. Die Österreichische Volkspartei tritt daher für die

Ausbau und die Förderung der Erwachsenenbildung ein. Da Bildung nicht nur ein Mittel der Berufsvorbereitung, sondern auch der Lebenserfüllung ist, hat sie in Anbetracht der wachsenden Bedeutung der Freizeit mehr denn je die Aufgabe, einer sinnvollen Nutzung der Freizeit zu dienen. Die Österreichische Volkspartei betrachtet daher eine aktive Kulturpolitik als eine ihrer vornehmsten Aufgaben. Die Schöpfung der kulturellen Werte selbst steht für sie unter dem Gesetz der Freiheit. Geisteskultur, Leibeserziehung und Sport sollen von öffentlicher und privater Seite durch zweckentsprechende Einrichtungen und ausreichende Mittel gefördert werden.

Freiheit in Verantwortung

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur Freiheit der Persönlichkeit.

Der einzelne ist Mensch mit Leib und Seele, Angehöriger seiner Familie, seines Volkes, seiner Religion, seines Berufs-

standes sowie verschiedener kleiner menschlicher Gemeinschaften und diesen verpflichtet. Jede willkürliche Herauslösung des Menschen aus diesen Bindungen untergräbt die freie Persönlichkeit. Die Menschenrechte, insbesondere die Freiheit des Gewissens und der Religionsausübung, das Recht auf das eigene Leben, auf Unverletzlichkeit der Person, auf Familie und Ehe, zur Erziehung der eigenen Kinder, zum Unterhaltserwerb, auf freies Eigentum, auf freie Berufswahl, auf Persönlichkeitsentfaltung sowie das Recht der freien Vereinigung und Mitbestimmung der Ordnung und Verwaltung des Gemeinwesens — alle diese Rechte werden um so kräftiger und wirkungsvoller ausgeübt werden, je stärker die Österreichische Volkspartei in der Vorstellung vom alleskönnenden und allesstuetenden Staat entgegenzutreten. Das Maß an Freiheit, das wir morgen besitzen werden, hängt von dem Maß an Verantwortung ab, das wir heute zu tragen be-

Die Partei der neuen Mitte

Von diesen Grundsätzen geleitet, überwindet die Österreichische Volkspartei Extreme und Fehlhaltungen, die in staatlichen und gesellschaftlichen Geschäften Österreich vorherrschend waren. Sie steht in einer neuen Mitte, in der weltanschauliche, politische, soziale und wirtschaftliche Kräfte treffen. Die Österreichische Volkspartei ist österreichisch, solidaristisch, christlich und demokratisch in jenem weltoffenen Sinn, der zum Gemeinsamen verbindet, anstatt in Gegensätzen zu entzweien.

Im Schnittbereich der zweigeteilten Welt ist Österreich dazu bestimmt, von seinem Standpunkt aus sich mit jenen zu verbinden, die Menschen in Europa und in der Welt zu neuen Begegnungen zusammenführen wollen, damit Freiheit, Sicherheit, Wohlstand und Frieden gesichert werden.

(Beschlüssen am 10. Bundesparteitag, 8. April 1966)

Alois Pogler

Rechtschreiner und Rechtsanwältin

Wien XI, Neufgasse 3, Telefon 72 25 95, 72 25 72

Kauft bei unseren Inserenten



GENOSSENSCHAFTLICHE
ZENTRALBANK MITGLIEDER DER BUNDESBANK

Das Sparkasseninstitut
des Kärntnersektors



Alle Bankgeschäfte

Zentrale:

Wien, I., Herrngasse 1
Am Michaelerplatz

Zweigstelle Zentralviertel:

Wien, III., St. Marx

Expositur Landstraße:

Wien, II., Landstraßer Hauptstraße 2b

BUCH- UND OFFSETDRUCKEREI

LAURENZ SCHLAGER

WIEN VII, NEUSTIFTGASSE 67 - 69

Langbein-Pfannhauser-Werke

Gesellschaft m. b. H.

Spezialfabrik für Galvanotechnik

Wien XIV, Gusenleithnergasse 14 - Telefon 92 66 38

Wilhelm Frank

Großhandlung für Glas, Emailgeschirr,
Porzellan

Wien 7, Zieglergasse 19
Telefon 44 76 21

„SCHÄRDINGER“

OBERÖSTERREICHISCHER
MOLKEREIVERBAND

reg. Gen. m. b. H.

MILCHHOF WIEN

Wien XIV, Linzer Straße 225-231

BAHNHOFRESTAURATION

Attnang-Puchheim, OÖ.

Inhaber: Franz Grüner

B_h

Hotel Bayrischer Hof, Gallspach

Gegenüber dem Institut Zeleis

Hedy und Wernfried Kopf

Josef Takacs & Co

Bauunternehmung

Wien XII,

Tivoligasse 32

Tel. 54 64 09,

549447

austria aktien- gesellschaft

Vereinigte Emaillierwerke,
Lampen- und Metallwarenfabriken

Wilhelminenstraße 80
Wien XVI/107

ÖSTERREICHISCHE KONTROLLBANK

**Aktiengesellschaft
Wien 1
Am Hof 4**

TECHNISCH-MECHANISCHE WERKSTÄTTEN

Friedrich Wolf

Komm. Ges.

Wien 14,
Lützowgasse 3-5
Tel. 92 41 07

Spezialnähmaschinen



Polkarbon'

Österreichisch-polnische Kohlenhandels-gesellschaft K.G.

Wien I, Heßgasse 1, Telefon 63 06 25

„TERAN“

JOHANN **RAUSCHMEIER**
BIOLOGISCHE FUTTERZUSÄTZE
WIEN 20, TRAIENGASSE 22
TELEFON 35 16 20

Hotel
ersten Ranges
in vornehmster Lage
nächst Staatsoper und Ringstraße
Wien I, Kärntnerstraße 32, Telefon 52 65 85

HOTEL ASTORIA

s c h a f f l e r & c o

Fabrik elektrischer Apparate
und elektrischer Zünder
Wien 15/105,
Sturzgasse 34

Immer
und
überall...



die Filter-Cigarette
von europäischem
Format



DIE ZUCKERFABRIKEN ÖSTERREICHS

ENNSER ZUCKERFABRIK A. G.,
Wien I, Heßgasse 4

Fabrik: Enns/Oberösterreich

HOHENAUER ZUCKERFABRIK
der Brüder Strakosch,
Wien III, Am Heumarkt 13

Fabrik: Hohenau n. d. March/NO.

LEIPNIK-LUNDENBURGER
ZUCKERFABRIKEN ACTIENGESellschaft,
Wien I, Börsegasse 9

Fabrik: Dürnkrut/NO. und Leopoldsdorf n. d. March/NO.

ÖSTERREICHISCHE ZUCKERINDUSTRIE AKTIEN-
GESELLSCHAFT,
Wien IV, Theresienungasse 23

Fabrik: Bruck/Leitha/NO.

SIEGENDORFER ZUCKERFABRIK,
Conrad Potzenhofer's Söhne,
Siegersdorf/Burgenland

Fabrik: Siegersdorf/Burgenland

TULLNER ZUCKERFABRIK A. G.,
Wien I, Schöffelgasse 6

Fabrik: Tulln/NO.

OKA

GROSSHANDEL FÜR BAU- UND INDUSTRIEBEDARF

KARL BREYER

WIEN VII, KIRCHENGASSE 41

TELEFON 93 25 41-44

Österr. Staatsdruckerei — Wiener Zeitung Verlag

Die Gotik in Niederösterreich

Kunst, Kultur und Geschichte eines Landes im Spätmittelalter

Bearbeitet von

Fritz Dworschak und Harry Kühnel

Mit Beiträgen von

Ludwig Baldass, Gerhard Bittner, Otto Brunner, Rupert Feuchtmüller, Hermann Fillitz, Eva Frodl-Kraft, Walter Frodl, Karl Gutkas, Adalbert Klar, Karl Lechner, Alphons Lhotsky, Gerhard Schmidt, Leopold Schmidt, Bruno Thomas und Josef Zykan

Bildteil

Ekkehard Ritter und Eva Ritter-Gelinek

Umfang 246 Seiten Text, 269 Tafeln, davon 31 in Farben, und 55 Textabbildungen, Format 20 x 26 cm, in Leinen gebunden, mit farbigem Schutzumschlag

S 580,-

Herausgegeben mit Unterstützung der Bundesministerien für Unterricht, Handel und Wiederaufbau sowie der Referate für Kultur und Fremdenverkehr der Niederösterreichischen Landesregierung von der Stadtgemeinde Krems

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch die Verkaufsstelle der Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien I, Wollzeile 27 a

Wiener Zeitung

Seit 1703 der beste Freund Österreichs

Heute ist der unvoreingenommene Blick ins Weltgeschehen notwendiger denn je, weil richtige Entschlüsse nur auf verlässlichen Grundlagen beruhen können. Da die „Wiener Zeitung“ trotz der Bewegtheit der Zeit den Tatsachen entsprechend berichtet, der Wahrheit dient und das Positive fördert, alle Gebiete des täglichen Lebens berücksichtigt und Wertvolles aus amtlichen Quellen bringt, bewahrt sie die Leser vor Schäden, nützt und erfreut

Der objektive Blick ins Weltgeschehen ist der Schlüssel zum Erfolg

In ganz Österreich abonnierten Persönlichkeiten die „Wiener Zeitung“

Monatlich: Österreich S 32,-, Probenummern unentgeltlich
„Wiener Zeitung“, Wien III, Rennweg 12 a

**DAS
KAUFHAUS
FÜRS
BÜRO**

JOSEF HABERLEITNER

**LINZ a. d. D., BÜRGERSTRASSE 2
TELEFON 22 4 66**

Gemeinde Gallspach

Sitz des Institutes Zeileis

Kurort ganzjährig

GALLSPACH - OBERÖSTERREICH

**Stiftsvorstellung
Kremsmünster**

Oberösterreich

Stiftsführungen

Sehenswürdigkeiten

Ausschank

erstklassiger Stiftsweine

Gasthof zu den

„Schrammeln“

Besitzer: Hans Harrer

Gallspach 26 — Oberösterreich